

PRESSEINFORMATION

FALK kritisiert Verhalten in der KBV-VV als undemokratisch: Opposition wird bei Diskussion konsequent ausgeschlossen

Die Vertreter der Mitglieds-KVen der Freien Allianz der Länder-KVen (FALK) haben nahezu geschlossen und zusammen mit Vertretern einiger weiterer Kassenärztlicher Vereinigungen (KVen) die heutige Sonder-Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) unter Protest verlassen. Eigentlich hätten bei der heutigen Versammlung die Pläne für eine weitere bundesweite Konvergenz der Gesamtvergütung diskutiert werden sollen. Die Diskussion zur geplanten Umverteilung von Honorarzuwächsen zwischen den KV-Regionen wurde jedoch nach nur drei Redebeiträgen rigoros unterbunden, die Stimmen der Opposition nicht mehr gehört. Auf Antrag eines Delegierten der KBV-Vertreterversammlung (VV) wurde die Rednerliste geschlossen und so FALK und anderen Gegnern der Konvergenzpläne der KBV jede Chance genommen, am Diskussions- und Entscheidungsprozess aktiv mitzuwirken. Damit sei die heutige KBV-VV zu einer Farce geworden.

„Dieses Verhalten verstößt gegen alle demokratischen Grundsätze. Was ist von einem Ärzte-Parlament zu halten, in dem oppositionelle Stimmen systematisch unterdrückt werden und kein offener Meinungsbildungsprozess stattfinden kann?!“, kommentierte der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Dr. Norbert Metke, den Ablauf der heutigen KBV-VV. Offenbar sei die KBV-VV inzwischen zu einem Gremium mutiert, in dem nur noch abgenickt werde, was im Vorfeld abgesprochen worden sei.

Auch Dr. Wolfgang Krombholz, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, kritisierte das Vorgehen in der heutigen Sonder-VV der KBV scharf: „Im Zuge dieser ‚Hinterzimmerpolitik‘ werden die Stimmen etlicher tausend Ärzte einfach ignoriert. Wir Mitglieder der KBV-VV, die einer weiteren bundesweiten Konvergenz der Gesamtvergütung kritisch gegenüber stehen, vertreten dabei rund 50.000 Niedergelassene. Denen kann man nicht einfach

den Mund verbieten“, so Krombholz. Dabei habe man als Opposition den Diskussions- und Entscheidungsprozess eigentlich konstruktiv mitgestalten wollen. „Wir wollten uns der Diskussion stellen und gemeinsam mit den anderen KVen zu einer Lösung kommen, die für alle tragbar gewesen wäre – so wie es in einer anständigen Demokratie üblich ist. So werden wir jedoch ins Abseits gedrängt und übergangen.“

„Bei der Frage nach einer weiteren bundesweiten Konvergenz der Gesamtvergütung geht es um die Umverteilung von rund 500 Millionen Euro. Das ist nichts, was einfach von wenigen ohne Einbindung aller gewählten Vertreter in der KBV-VV entschieden werden kann“, ergänzte Dr. Wolfgang Eckert, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern. Bereits im Vorfeld der heutigen Sonder-VV der KBV habe man sich geärgert, dass die Zahlen und Fakten, die als Grundlage der heutigen Sitzung dienen sollten, erst sehr spät zugänglich gemacht worden seien. „Schon da konnte man den Eindruck gewinnen, man würde bewusst möglichst uninformiert und unvorbereitet gehalten“, so Eckert. Heute habe sich schließlich deutlich gezeigt, dass die KBV-Führung derzeit kein Interesse an einem fairen demokratischen Miteinander habe.

„FALK fordert weiterhin neben einer Rückverlagerung der Honorarverteilungskompetenz vom Bund auf die Länder eine Re-Regionalisierung der Kompetenz zur Honorarverhandlung. Wir müssen dringend wieder im Rahmen der gemeinsamen Selbstverwaltung die Strukturen für die ambulante Versorgung gestalten können“, so Dr. Gerd W. Zimmermann, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen. Da eine innerärztliche, einvernehmliche Lösung unter anderem durch das Verhalten einiger KVen in der heutigen Sonder-VV der KBV in weite Ferne gerückt sei, appellierte FALK vor allem an die Politik, den Regionen mehr Möglichkeiten zur Verhandlung von Strukturen und Vergütung in der ambulanten Versorgung zu geben. Die Re-Regionalisierung von Verhandlungs- und Entscheidungskompetenzen, wie sie bereits auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angelegt sei, müsse nun dringend umgesetzt werden.